

Die Wirtschaft im Nationalsozialismus

1. Gab es einen NS-Aufschwung

Der Tiefpunkt der Wirtschaftsentwicklung wurde 1932 erreicht. In der Forschung ist allerdings umstritten, ob Tiefpunkt und Wendepunkt zusammenfallen, ob die Wirtschaft bis 1933 stagnierte und erst die erfolgreiche NS-Wirtschaftspolitik die Wende einleitete oder ob bereits 1932 ein konjunktureller Aufschwung einsetzte, der durch die NS-Wirtschaftspolitik kaum beeinflusst worden ist. Die Frage, ob die Wirtschaft erst nach Einsetzen der NS Wirtschaftspolitik auf einen Wachstumspfad zurückfand, setzt eine genaue Analyse der konjunkturpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf Zeitpunkt und Intensität voraus; zudem ist die Wirkungsverzögerung zwischen Maßnahme und Wirkung zu berücksichtigen.

Die Messung von Tiefpunkt und Aufschwung kann anhand mehrerer Indikatoren geschehen. Die Zahl der Arbeitslosen war in allen Monaten des Jahres 1932 höher als in den Vorjahresmonaten und erreichte im Januar / Februar 1933 nochmals die Sechs-Millionen-Grenze. Erst danach setzte ein rascher Rückgang ein. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Zahl der nicht registrierten Arbeitslosen erheblich gewesen sein dürfte, so daß dieses Maß der konjunkturellen Entwicklung verzerrt sein dürfte. Ein zweiter Indikator ist die Anzahl der Konkurse, die bereits im Herbst 1931 ihren Höhepunkt erreichte und danach rasch zurückging (von knapp 2.000 im Oktober 1931 auf knapp 1.000 im Januar 1933). Jedoch wiesen bereits Zeitgenossen auf die Problematik hin, daß viele Unternehmen weiterlebten, weil die Kreditgeber ihre Forderungen nicht vollstreckten. Die Vollstreckung von Krediten durch die Banken hätte zu endgültigen Abschreibungen (d.h. Verlusten) bei den Banken geführt und damit die Bankenkrise weiter verschärft. Drittens sei der Auftragseingang als konjunktureller Frühindikator herangezogen. Die Inlandsaufträge des Maschinenbaus erreichten bereits im Januar 1932 (mit 18 Prozent des Wertes von 1928) ihren Tiefpunkt. Danach ging es stetig aufwärts. Ebenso erreichte die Inlandsversorgung mit Walzeisen, einem wichtigen Vorprodukt für die Industrie, bereits im letzten Quartal 1931 ihren Tiefpunkt; ein Jahr später lag die Versorgung rund 40 Prozent höher. Schließlich zeigen die saisonbereinigten Zahlen der gewerblichen Produktion einen Rückgang derselben vom 3. Quartal 1929 bis zum 3. Quartal 1932 an; im Schlußquartal 1932 stieg die gewerbliche Produktion saisonbereinigt wieder an. Insbesondere Auftragseingänge und saisonbereinigte gewerbliche Produktion indizieren somit einen bereits im Herbst 1932 beginnenden konjunkturellen Aufschwung.

Hauptziel der NS-Wirtschaftspolitik war die „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“. Dieses Oberziel der Wirtschaftspolitik bedurfte jedoch einigen planerischen Vorlaufs, so daß 1933-34 die Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund rückte. Die geplanten Maßnahmen wurden bereits im Juli 1932 im Strasserschen Sofortprogramm (ab Januar 1933: Nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm) festgehalten: *„Arbeitslosigkeit bringt Not. Arbeit schafft Brot. Nicht Kapital schafft Arbeit. Arbeit schafft Kapital.“* Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten zu ¼ aus

eingesparten Unterstützungen, zur Hälfte durch Steuergutscheine und zu $\frac{1}{4}$ durch produktive Kreditschöpfung finanziert werden. Besonderen Wert legte die Partei auf den Hinweis, daß die Kreditschöpfung nicht zu Inflation führen würde.

Als erste Maßnahme wurden alle neu zugelassenen Personenkraftwagen und Motorräder von der Kraftfahrzeugsteuer befreit (10. April 1933). Zudem wurden im Mai die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Hausgehilfinnen abgeschafft, diejenigen zur Rentenversicherung gesenkt. Am 27. Juni 1933 folgte das Gesetz zur Errichtung des Unternehmens Reichsautobahnen.

Die wichtigste Maßnahme war das im Juni 1933 beginnende Reinhard-Programm (Fritz Reinhard, Staatssekretär im Finanzministerium). Dieses sah eine Milliarde M für direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - vor allem im Bausektor - vor (finanziert durch Arbeitsschatzanweisungen). Des weiteren wurden Ehestandsdarlehen in Form von Bedarfsdeckungsscheinen in Höhe von bis zu 1.000 RM gewährt. Bedingung für die Inanspruchnahme war, daß die Ehefrau in den vorausgegangenen zwei Jahren mindestens sechs Monate beschäftigt gewesen war und bis zur Tilgung des Darlehens aus dem Arbeitsleben ausschied. In der zweiten Jahreshälfte 1933 folgten weitere Maßnahmen, die weitgehend auf die Steuerfreiheit bestimmter Aktivitäten abzielten.

Die Wirkungen der Maßnahmen sind als gering einzuschätzen. Die Gehälter von Angestellten, den Hauptarbeitgebern von Haushaltshilfen, sanken im ersten Halbjahr 1933, so daß selbst bei sinkenden Lohnkosten keine großen Beschäftigungswirkungen zu erwarten waren. Die Zahl der Neuzulassungen von Pkw stieg von 9.000 im 1. Quartal 1933 auf 26.000 im folgenden Quartal; in den folgenden beiden Quartalen gingen Produktion und Neuzulassungsvolumen wieder zurück. Im Rahmen des Reinhard-Programms, das insgesamt Ausgaben in Höhe von einer Milliarde RM vorsah, flossen bis Ende 1933 lediglich 95 Mio. RM in die Wirtschaft (ca. $\frac{1}{4}$ Prozent des Sozialprodukts). Die Zahl der Eheschließungen stieg im 2. Halbjahr 1933 und im gesamten Jahr 1934 an, der Umsatz an förderfähigen Gütern stieg im 4. Quartal 1933 um 23 Prozent. Beim Bau der Reichsautobahnen waren Ende 1933 rund 3.900 Arbeiter beschäftigt. Demgegenüber wurden aus den Vorprogrammen der Regierungen von Papen und von Schleicher Ende 1933 rund 300.000 Arbeiter in der Bauindustrie beschäftigt. Erst die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (Gesetz vom 16. März 1935) führte zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes um ca. eine Millionen Personen. Der Arbeitsdienst hatte hingegen keine großen Auswirkungen. Bereits im August 1931 wurde der Arbeitsdienst als amtliche Einrichtung geschaffen; im Oktober 1932 waren 250.000 Personen in ihm beschäftigt. Diese Zahl wurde bis Ende 1937 kaum nochmals erreicht.

Die „Machtergreifung“ hatte zudem negative Wirkungen auf die Wirtschaft. Die Börsenkurse, die zwischen August 1932 und Januar 1933 um rund 30 Prozent gestiegen waren, stagnierten nach der Wahl der neuen Regierung. Die Wahl im März 1933 führte dann wieder zu Kurssteigerungen, da sich nun eine stabile parlamentarische Mehrheit abzeichnete. Im Sommer 1933 setzte dann jedoch trotz steigender Auftragseingänge und Produktion ein Kursabschwung ein; dies deutet darauf hin, daß die

langfristigen Gewinnerwartungen sanken. Dies könnte im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen der Regierung stehen: Suspendierung von Grundrechten, Gleichschaltung der Länder, Verbot von Gewerkschaften und Parteien wiesen den Weg in eine autoritäres System. Fraglich war daher, wie lange die Wirtschaft noch frei von Staatseingriffen bleiben würde.

2. Wirtschaftspolitische Ziele und Wirtschaftspolitik

Einen ersten Anhaltspunkt für die wirtschaftspolitischen Ziele der NSDAP bietet das am 24. Februar 1920 beschlossene 25-Punkte-Programm der Partei. Der wirtschaftspolitische Teil des Parteiprogramms gibt keine klare ideologische Richtung vor, sondern vereint vielmehr marxistische, mittelständische und nationale Positionen. Gefordert wurden u.a.:

Siehe Henning, Band 3, S. 141

Die vage, aus der Feder von Gottfried Feder stammende, Formulierung des Wirtschaftskonzepts ging vor allem von der Trennung zwischen „schaffenden“ und „raffenden“ Kapital aus. Das „schaffende“ Gewerbe- und Agrarkapital sei förderungswürdig, das „raffende“ Handels- und Finanzkapital (das zudem im jüdischen Eigentum stand) mußte eingegrenzt werden. Dieses Programm wurde 1932 durch ein neues, von Gregor Strasser entwickeltes Wirtschaftsprogramm der Partei teilweise ersetzt; neu war vor allem die stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sieht man von der Arisierung des „raffenden“ Kapitals ab, dann zeigt sich, daß nur wenige Bestandteile des Programms tatsächlich in die Politik einfließen. Im Vordergrund der Politik standen der Erwerb von Lebensraum und die Erreichung von Autarkie.

Eine detaillierte Analyse der Wirtschaftspolitik zeigt, daß diese von in chaotischer Folge erlassenen Gesetzen, Führerbefehlen, Rechtsverordnungen und Richtlinien bestimmt wurde. Dabei wurden phasenweise die Interessen bestimmter Organisationen (z.B. Wirtschaftsministerium, DAF, Reichsnährstand) bevorzugt. Die Gesetze blieben jedoch häufig vage in der Formulierung, so daß ein erheblicher Handlungsspielraum für die ausführenden Organe bestand. Insbesondere die weiten Handlungsspielräume und der Wunsch, den (vermuteten) Führerwillen zu erfüllen, führten zu einer zunehmenden Radikalisierung der (Wirtschafts-)Politik.

Wichtige Gesetze waren das Reichsnährstandsgesetz vom 13. September 1933 (Regelung von Mengen, Preise und Handelsspannen aller Agrarprodukte), das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (innerbetriebliche Organisation nach dem Führerprinzip; Aufhebung Tarifvertragsordnung und Betriebsrätegesetz), das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft vom 27. Februar 1934 (Wirtschaftsverbände als alleinige Vertreter der Wirtschaftszweige). Im Vordergrund stand die Organisation der Wirtschaft in Verbänden, wobei die Führer der Verbände vom Reichswirtschaftsministerium bestellt wurden. Da sämtliche Unternehmen und Selbständige in Verbände integriert waren, bestand somit eine Befehlshierarchie. Gebildet wurden 5 Reichsgruppen, denen 44 Wirtschaftsgruppen unterstanden; darunter standen die Bezirksgruppen, unten folgten die einzelnen Betriebe. Durch die Struktur sollte die Handlungsfreiheit des einzelnen

Unternehmens grundsätzlich zwar erhalten bleiben, insgesamt aber geregelt sein. Diese Ordnung wurde allgemein akzeptiert: *„Die Menschen schienen nach der langen Krise frischer und hoffnungsvoller. Alle wußten, daß es sich dieses Mal nicht um einen üblichen Kabinettswechsel gehandelt hatte.“* (Albert Speer).

Die organisatorischen Änderungen betrafen auch den Arbeitsmarkt: 1933 zerschlug die neue Regierung die sozialistischen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine; die christlichen Gewerkschaften und die Unternehmerverbände mußten sich selbst auflösen. Arbeitnehmer und –geber wurden in der Deutschen Arbeitsfront DAF zusammengeführt. Der Konflikt von Arbeit und Kapital sollte sich in der „Volks- und Leistungsgemeinschaft“ auflösen. Treuhänder der Arbeit übernahmen als weisungsabhängige Beamte die Lohnfindung und die Regelung der Arbeitsbedingungen; die Tarifautonomie war damit aufgehoben. Auch die Freizügigkeit der Arbeitnehmer wurde zunehmend eingeschränkt: Die Einführung eines Arbeitsbuches sowie die Einführung der beschränkten und unbeschränkten Dienstverpflichtung wiesen den Weg in die kriegswirtschaftliche Arbeitskräftelenkung.

Auch der Kapitalmarkt wurde erheblich reguliert. Zwar blieb das private Eigentum bestehen, aber die freie Verfügung wurde durch Eingriffe beschränkt. Beispielsweise setzte das Reichserbhofgesetz das bürgerliche Vertrags- und Erbrecht in der Landwirtschaft außer Kraft: Boden wurde zum unveräußerlichen und unbelastbaren „Sippenerbe“. Die Einrichtung neuer Gewerbebetriebe wurde ebenso reglementiert wie die Erweiterung bestehender; auch die Ausgabe von Aktien und Industrieobligationen wurde beschränkt. Zuvorderst sollten rüstungswirtschaftlich wichtige Betriebe mit Kapital ausgestattet werden.

Zahlreiche Märkte wurden reglementiert, z.B. der Agrarmarkt (Reichsnährstand), der Arbeitsmarkt, der Kapitalmarkt, aber auch der Gütermarkt. Es gab sowohl staatlich administrierte Preise als auch privat-staatlich bestimmte Preise, vor allem aufgrund der Möglichkeit der Bildung von Zwangskartellen. 1936 wurde schließlich ein allgemeiner Lohn- und Preisstopp verhängt, denn in der Wirtschaft hatte sich ein zunehmender Inflationsdruck aufgebaut.

Umfassend geregelt wurde die Wirtschaft vor allem durch den Vierjahresplan von 1936. Auslöser war eine erhebliche Verschlechterung der terms of trade im Jahre 1935. Dies führte u.a. dazu, daß Munitionsbetriebe 1936 nur noch mit 70 % ihrer Kapazität arbeiten konnten, da wichtige Rohstoffe fehlten. Der sofort eingerichtete „Rohstoff- und Devisenstab“ des Reichswirtschaftsministeriums wurde 1936 unter der Leitung von Göring zur Vierjahresplans-Organisation weiterentwickelt. Den Anstoß dazu hatte Hitler im September 1936 während einer Rede gegeben: *„I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“* Die neue Organisation sollte die Wirtschaft dorthin führen. Drei Phasen der Planerfüllung lassen sich unterscheiden. Vom Herbst 1936 bis Sommer 1938 gab es eine breit angelegte Lenkung und Planung in den Bereichen industrielle Rohstoffe, Landwirtschaft und Rüstung, sowie in der Lohn- und Preispolitik, auf dem Arbeitsmarkt und bei den Investitionen. In der zweiten, von Sommer 1938 bis

September 1939 andauernden Phase konzentrierte man sich auf kriegswichtige Industriezweige. In der letzten Phase bis Frühjahr 1942 konzentrierte man sich lediglich auf die chemische Industrie (IG Farben). Zu keiner Zeit wurde versucht, einen gesamtwirtschaftlichen oder sektoralen Plan aufzustellen, d.h. es kam nicht zu einer Planwirtschaft.

Im Rahmen des Vierjahresplanes wurden Rohstoffe zugeteilt, Kartellverträge zwangsverlängert, Investitionen waren genehmigungspflichtig (nur noch kriegswichtige Investitionen). Diese Instrumente konnten zwar ungewollte Produktion verhindern, aber nicht die gewollten Produktionskapazitäten aufbauen. Daher lockte man mit lukrativen Staatsaufträgen, übte Druck auf die Unternehmen aus und errichtete eigene Unternehmen. Des Weiteren wurde ein umfassendes Subventions- und Garantiesystem aufgebaut, insbesondere um risikoreiche Forschungsvorhaben durchzuführen (z.B. Hydrierverfahren von Kohle, Herstellung von synthetischen Gummi). Ferner wurden „Wirtschaftlichkeits-Garantieverträge“ abgeschlossen, d.h. Absatzmengen und Preise wurden für einen bestimmten Zeitraum garantiert.

3. Die Wirtschaftsentwicklung 1933 – 1939

Die Wirtschaftsentwicklung der Vorkriegsjahre war gut. In den Jahren 1933-36 lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei rund 9 % und auch in den Jahren 1937-38 stieg das Einkommen deutlich an. Die Industrieproduktion erreichte bereits 1936 mehr als 137 % des Wertes von 1913; die Zahl der Arbeitslosen ging von 6 Mio. bei Regierungsantritt bis auf 1,6 Mio. drei Jahre später zurück. Die Reallöhne stiegen 1933-39 um ca. 20 – 25 %, womit der Stand von 1928 (bzw. 1913) wieder erreicht war. Die Inflationsrate lag 1932-36 hingegen bei lediglich ca. 1 % pro Jahr, d.h. es herrschte Preisstabilität.

Die insgesamt positive Entwicklung verteilte sich aber ungleich auf die verschiedenen Sektoren. Besonders stark wuchs die Beschäftigung im Bau- und Metallgewerbe, während Nahrungsmittel- und Textilgewerbe eine wesentlich geringere Dynamik aufwies. Dies verdeutlicht die zunehmende Ausrichtung der Wirtschaft auf rüstungswirtschaftlich wichtige Sektoren. Getragen wurde der Aufschwung somit von der hohen Investitionsnachfrage, wohingegen die Nachfrage nach Konsumgütern stagnierte (ebenso wie die Reallöhne). Die gewerbliche Wirtschaft investierte 32 Mrd. RM, der Wohnungsbau 18 Mrd. RM, die öffentliche Hand 17 Mrd. RM. Besonders wichtig war die Wiederaufrüstung, in die zwischen 1933 und Sommer 1939 insgesamt rund 40 Mrd. RM flossen und die fast 20 % der gesamten gewerblichen Wertschöpfung nachfragte.

Vor allem die Autarkiepolitik und der Aufbau neuer Industriekapazitäten außerhalb der Reichweite potentieller Kriegsgegner seien hervorgehoben. Die Industrie in Mitteldeutschland (Hannover-Magdeburg-Halle) wurde erheblich ausgebaut, z.B. Eisenförderung in Salzgitter, Eisenverarbeitung in Braunschweig und Magdeburg, Braunkohleförderung und Elektrizitätsversorgung in Bitterfeld, Flugzeugbau in Dessau und Magdeburg sowie der Fahrzeugbau in Wolfsburg. Die Autarkiepolitik machte die Produktion synthetischer Rohstoffe notwendig, z.B. die Hydrierung von Kohle (Benzin),

die Herstellung von Stickstoff (Dünger, Sprengstoff) und Kunststoff (in Leuna und Bitterfeld). Diese Investitionen wurden teilweise durch Staatsbetriebe vorgenommen, vor allem durch die Reichswerke Hermann Göring, die sich im Krieg zum größten Wirtschaftsunternehmen Europas entwickelten. Trotz der erheblichen Anstrengungen konnte Autarkie nur teilweise erreicht werden: Mangan, Chrom, Nickel und Wolfram waren nicht ersetzbar; Eisenerz, Aluminium und Kupfer waren nur in ungenügenden Mengen vorhanden; Wolle, Flachs und Leder waren nur begrenzt verfügbar; künstliche Textilfasern (Perlon) wurden erst 1945 produziert.

Die Landwirtschaft stand im Mittelpunkt der NS-Wirtschaftspolitik, und zwar sowohl aus ideologischen als auch aus autarkiepolitischen Gründen. Das Bauerntum sollte gefördert werden, weil es die Ernährungsgrundlage für einen gesunden (arischen) Volkskörper legte. Die landwirtschaftliche Produktion sollte gesteigert werden, damit sich das Volk autonom ernähren könnte; freiwillig in Friedenszeiten, zwangsweise in Kriegszeiten. Durch das Reichssiedlungsgesetz sollte die Schaffung neuer ländlicher Siedlungen gefördert werden. Dies gelang nur teilweise. Zwar wurden zwischen 1933 und 1941 rund 22.000 neue Siedlungen mit einer Ackerfläche von 380.000 ha in Betrieb genommen, aber damit erreichte die Siedlungstätigkeit nur rund 2/3 des Wertes der Weimarer Jahre.

Der Reichsnährstand gliederte die Landwirtschaft vertikal in Landes-, Kreis- und Ortsbauernschaften; horizontal wurden die Hauptabteilungen „Mensch“, „Hof“ und „Markt“ geschaffen. Der „Hof“ versuchte dabei von jedem Produzenten eine Hofkarte über die aktuelle Produktion anzulegen. Anschließend wurden die Produzenten beraten, welche Produkte anzubauen waren, damit Deutschland in der „Produktionsschlacht“ bestehen könne (z.B. Zuckerrüben). Die Marktabteilung übernahm die Steuerung von Angebot und Nachfrage auf den Agrarmärkten. Trotz der Inbetriebnahme neuer Flächen und der intensiven Beratungs- und Organisationstätigkeit konnte die landwirtschaftliche Produktion zwischen 1933 und 1939 um nicht einmal 10 % gesteigert werden. Dies war u.a. eine Folge des Anbaus unrentabler Produkte, die jedoch im Rahmen der Autarkiebestrebungen wichtig waren (z.B. Flachs, Schafe, Ölpflanzen).

4. Exkurs: Körpergröße und Konsum

Neueste Forschungen zeigen, daß den Erfolgen bei Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit erhebliche Mißerfolge bei Ernährung, Krankheit und Sterblichkeit (biologischer Lebensstandard) gegenüberstanden. Gemessen wird dieser, sofern man kurzfristige Entwicklungen aufzeigen möchte, anhand der durchschnittlichen Körpergröße von Kindern, da diese sehr schnell auf Änderungen der Ernährungssituation reagiert. Generell ist für das 20. Jahrhundert selbst bei gleichbleibender Ernährungssituation aufgrund der besseren Gesundheitsfürsorge ein Anstieg der Körpergröße zu erwarten.

Zwischen 1912 und 1920 stagnierte die Körpergröße 9-jähriger Mädchen in Stuttgart bei ca. 125 cm. In den Jahren bis 1934 stieg dieser Wert auf 133,5 cm, anschließend ging er bis 1937 wieder leicht auf 1,33 m zurück. Diese Ergebnisse können für Jungen und für andere Regionen (z.B. Leipzig) bestätigt

werden. In anderen europäischen Städten ist die Entwicklung anders, z.B. stieg in Leeds die Körpergröße 6-jähriger Jungen von knapp 106 cm (1933) auf 107 cm (1939).

Auch die Entwicklung der Sterblichkeit deutet auf eine vergleichsweise schlechte Entwicklung des biologischen Lebensstandards in Deutschland während der 1930er Jahre hin: während die europäische Mortalitätsrate zwischen 1932 und 1937 um 6 % abnahm, erhöhte sie sich in Deutschland um ca. 8 %. Dies könnte z.T. daran liegen, daß beim europäischen Durchschnitt Länder einbezogen werden, die am Anfang der Periode eine sehr hohe Sterblichkeitsrate aufweisen. Aber auch ein Vergleich mit hochentwickelten westeuropäischen Ländern fällt zuungunsten Deutschlands aus: in England, Wales, den Niederlanden und Dänemark fällt die Sterblichkeit, in Deutschland steigt sie. Die höhere Sterblichkeit in Deutschland galt für nahezu alle Altersklassen. Lediglich die Säuglingssterblichkeit und die Sterblichkeit der 15- bis 30-Jährigen sind gefallen.

Drei Gründe könnten für die Entwicklung verantwortlich sein: eine steigende Einkommensungleichheit, eine erhöhte Arbeitsbelastung und Fehlentwicklungen im öffentlichen Gesundheitswesen. Das deutsche Sozialprodukt ist insgesamt zwar gestiegen, dieser Anstieg kam aber nicht allen Bevölkerungsgruppen zugute. Trotz zunehmender Beschäftigung sank die Lohnquote zwischen 1929 und 1937 von 56,6 % auf 52,7 %. Außerdem wurde ein großer Teil des Sozialprodukts für Rüstungsausgaben, nicht für die Erhöhung des Lebensstandards verwendet. Auch die höhere Arbeitszeit könnte sich negativ auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung ausgewirkt haben: die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der verarbeitenden Industrie stieg zwischen 1933 und 1937 von 42,9 auf 46,1 Stunden. Dies könnte die erhöhte Zahl von Arbeitsunfällen und die gestiegene Krankheitsrate von Arbeitnehmern erklären. Die Gesundheitsversorgung litt vor allem über den „rassisch“ bedingten Rückgang der Ärztezahl: ca. 16 % der Ärzte wurden zwischen 1933 und 1938 aus ihrem Beruf gedrängt. Zudem lagen die Ausgaben der Krankenkassen 1937 noch unter dem Niveau von 1929.

Ein weiterer möglicher Ursachenkomplex ist die Ernährungssituation. In den Jahren 1925-32 ging die ernährungsbedingte Mortalität (z.B. Infektionen im Kindesalter, Tuberkulose, Lungenentzündung, Grippe) zurück, in den Jahren 1933-37 stieg sie. Diese Entwicklung in Deutschland unterschied sich von derjenigen in England und Wales. Eine Ursache könnte der ernährungspolitisch motivierte Rückgang der Proteinproduktion zugunsten der Getreideproduktion gewesen sein, da diese weniger Anbaufläche je Kalorie benötigt. Proteine sind aber wichtig zum Aufbau des Immunsystems, gerade im Kindesalter.

5. Öffentliche Finanzen und Kriegsfinanzierung

In den Jahren 1933-36 wurde der konjunkturelle Aufschwung durch expansive Fiskalpolitik unterstützt. In den Boomjahren ab 1937 wurde die expansive Politik beibehalten, wodurch zunehmend ein inflationärer Druck entstand, da man auf Steuererhöhungen verzichtete.

Bereits im März 1933 ersetzte Hitler Reichsbankpräsident Luther durch Hjalmar Schacht, der bereit war, Staatsausgaben durch Reichsbankkredite zu unterstützen. Die Finanzierung geschah jedoch nicht offen durch Schatzanweisungen – die große Inflation lag gerade einmal ein Jahrzehnt zurück –, sondern diskret durch Arbeitsbeschaffungswechsel. Insgesamt gab das Reich zwischen 1933 und Kriegsbeginn rund 105 Mrd. RM aus, wovon ca. 60 Mrd. RM auf Militärzwecke entfielen. Diese Militärausgaben wurden zu 1/3 aus Steuern, zu 1/5 aus Gewinnen von Post, Bahn und Reichsbank sowie zu knapp 50 % aus Krediten finanziert.

Die Rüstungsausgaben konzentrierten sich auf Heer und Luftwaffe. Auf diese entfielen 24 Mrd. RM bzw. 17 Mrd. RM, auf die Marine hingegen nur 5,5 Mrd. RM und auf das OKW 1,2 Mrd. RM. Hinzu kamen 12 Mrd. RM verdeckte Ausgaben über sogenannte Mefo-Wechsel. Dabei handelt es sich um ein System der Vorfinanzierung von Rüstungsaufträgen. Bereits 1933 wurde die Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo) mit einem Kapital von 1 Mio. RM durch Krupp, Siemens, die Gutehoffnungshütte und Rheinmetall gegründet. Den Vorstand dieser Firma bildeten jedoch Vertreter des Reichswehrministeriums und der Reichsbank, durchgeführt wurde die Arbeit von Mitarbeitern der Reichsbank. Hersteller von Rüstungsgütern zogen Wechsel auf diese Firma, die juristisch als Handelswechsel galten und somit bei der Reichsbank diskontierbar waren. Da die Wechsel eine Laufzeit von bis zu 5 Jahren hatten, lag faktisch ein mittelfristiger Kredit vor. Bei Gründung der Mefo vereinbarte Schacht mit Finanzminister Graf v. Schwerin-Krosigk, daß diese Finanzierung im Frühjahr 1938 enden sollte und anschließend die Wechsel getilgt oder in langfristige Staatsschuldtitle umgewandelt würden. Dies geschah nicht, was ein Grund für den Rücktritt Schachts war.

Des Weiteren gab das Reich in erheblichem Umfang Anleihen aus. Damit sollten die steigenden Unternehmensgewinne vom Markt abgezogen werden, die Konsumnachfrage gering gehalten und der Inflationsdruck eingedämmt werden. Zudem wurde die Dividendenausschüttung auf 6 % begrenzt und die Ausgabe neuer Aktien oder Industrieobligationen untersagt. Das gestiegene Sparaufkommen der Bevölkerung wurde geräuschlos über Banken und Sparkassen abgeschöpft: diese wurden dazu verpflichtet, einen großen Teil ihrer Einlagen in Staatsanleihen anzulegen. Trotz all dieser Maßnahmen konnten zwischen 1933 und 1939 lediglich 15 Mrd. RM am Kapitalmarkt untergebracht werden.

6. Außenwirtschaftspolitik

Die verbesserte Binnenkonjunktur nach 1933 führte zu einer steigenden Nachfrage nach Rohstoffimporten. Zur Finanzierung dieser Importe mußte Deutschland Industriegüter exportieren. Dies wurde erschwert, da deutsche Güter relativ teurer wurden; einmal durch den Preisanstieg der Rohstoffe, des Weiteren durch die Abwertung der Währungen wichtiger Handelspartner (Großbritannien 1931, USA 1933). Der deutsche Handelsbilanzüberschuß reduzierte sich daher deutlich (1934 sogar Defizit von 373 Mio. RM). Ein Weg aus der Devisenknappheit wäre eine Abwertung der RM gewesen, die den Export deutscher Güter gefördert hätte. Andererseits war

Deutschland seit den 1920er Jahren sehr hoch im Ausland verschuldet und diese Schulden wären durch eine Abwertung – in RM gerechnet – erheblich gestiegen. Ebenso wären die Zinszahlungen auf diese Schulden gestiegen, was die handelsbedingten positiven Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz reduziert hätte. Die Regierung entschied sich daher die bereits 1931 unter Brüning eingeführte Devisenbewirtschaftung zu verstärken.

Zunächst wurde im Juni 1933 ein Transfermoratorium erlassen, d.h. Zinsen und Tilgung auf die Auslandsschuld wurden ausgesetzt. Ein Jahr später wandelte man die gesamten Auslandsforderungen in Reichsmarkforderungen um, d.h. Ausländer mußten in Deutschland kaufen, denn nur dort war die RM Zahlungsmittel. Da das deutsche Preisniveau ca. 30 – 40 % über den Weltmarktpreisen lag, bedeutete dies eine Verringerung der deutschen Auslandsschuld. Trotzdem konnten die Zahlungsbilanzprobleme nicht beseitigt werden: die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank sanken 1932-34 von 1 Mrd. RM auf 84 Mio. RM.

Durch den „Neuen Plan“, den Schacht 1934 entwickelte, wurden die deutschen Außenwirtschaftsbeziehungen neu geregelt. Die wichtigsten Merkmale des Plans waren: Importbeschränkung (auf Rohstoffe für die Rüstungsindustrie und Lebensmittel), Exportförderung (durch differenzierte Wechselkurse, Preisprüfstellen und Subventionen; finanziert durch eine Exportumlage der inländischen Industrie), Bilateralisierung (zweiseitige Handelsabkommen, Globalkompensation ohne Devisenbedarf) und Verlagerung (von Westeuropa / USA nach Südosteuropa, Nordeuropa und Lateinamerika). Bereits 1935 zeigte der Plan Wirkung: die Handelsbilanz drehte mit 111 Mio. RM ins Plus. Durch die staatliche Kontrolle wurde zugleich die Umstrukturierung der Einfuhr auf rüstungswichtige Rohstoffe erreicht. Zudem sank durch den zunehmenden kompensatorischen Handel der Devisenbedarf.

Ein weiteres Instrument zur Devisenersparnis war die Expansion der heimischen Rohstoffproduktion. Zwar waren Rohstoffe in Deutschland vorhanden, aber diese wurden durch inländische Unternehmen nicht ausgebeutet, da die Kosten zu hoch gewesen wären. Die Produktion einiger Rohstoffe konnte somit zwischen 1933-36 erheblich gesteigert werden: Aluminium um 416 %, Eisenerz um 167 %, Treibstoff und Öl um 123 % sowie Steinkohle um 44 %.

7. Die „zivile Kriegswirtschaft“ bis 1942

Trotz der Autarkiebestrebungen war die deutsche Wirtschaft zu Kriegsbeginn nach wie vor von Lieferungen aus dem Ausland abhängig: der Lebensmittelbedarf konnte nur zu 83 % im Inland gedeckt werden. Hinzu kam eine erhebliche Unterversorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen, z.B. Rohöl, Eisenerz, Buntmetallen und Textilien. Diese strukturelle Unterversorgung mit Rohstoffen sollte im Kriegsverlauf zum entscheidenden Engpaßfaktor werden.

Bis Anfang 1942 wurde die Unterversorgung kaum sichtbar. Deutschland hatte bei Kriegsbeginn einen erheblichen Vorrat an Rüstungsgütern akkumuliert, so daß kurze Kriege mit überlegener Materialausstattung geführt werden konnten. Zwischen diesen kurzen Blitzkriegen konnte der Vorrat

an Rüstungsgütern wieder aufgefüllt werden; dieses Konzept war jedoch für die Führung eines langen Krieges ungeeignet. Die schnellen Siege (Polen, Frankreich usw.) schienen zu belegen, daß die deutsche Wirtschaft den Krieg quasi nebenher bewältigen könnte: 1939 umfaßte die Rüstungsgüterproduktion gerade einmal 12 % der gesamten Industrieproduktion, 1941 nur 19 %. Diese zusätzliche Rüstungsgüterproduktion konnte zu großen Teilen aus nicht voll ausgelasteten Produktionskapazitäten heraus geleistet werden. Zunächst gab es auch keine weitreichenden Produktionsumstellungen. Lediglich durch Schwerpunktverlagerungen der Rüstungsgüterproduktion konnte man die für den jeweiligen Feldzug benötigten Güter herstellen. Des Weiteren wurden die Industriekapazitäten zunächst nicht weiter ausgebaut, da man bald mit der Besetzung der sowjetischen Industrieanlagen rechnete.

Der Umfang der zivilen Produktion ging zwischen 1939 und 1941 um lediglich 5 % zurück, d.h. die Bevölkerung mußte zunächst keine Konsumeinbußen hinnehmen. Auch der Arbeitseinsatz wurde kaum erhöht: die Wochenarbeitszeit in der Industrie stieg zwischen 1939 und Frühjahr 1943 lediglich von 47,8 auf 49,1 Stunden. Die meisten Fabriken arbeiteten im Ein-Schicht-Betrieb. Zudem konnte die Versorgung mit Nahrungsmitteln durch Zwangslieferungen aus den besetzten Gebieten verbessert werden. Bis zum Herbst 1941 wurden ca. 10 % des Nahrungsmittelbedarfs aus dem Ausland gedeckt. Erst danach fiel die Versorgung unter den Regelbedarf von 2.300 Kalorien pro Tag. Aber erst im Herbst 1944 fiel die Nahrungsmittelversorgung unter die kritische Marke von 2.000 Kalorien pro Tag. Die Versorgung mit Nahrungs- und Konsumgütern sowie die Ausstattung der Menschen mit Freizeit änderten sich in den ersten Kriegsjahren also kaum.

Die Kriegswirtschaft war in den ersten Jahren chaotisch organisiert. Eine übergeordnete Planungsinstanz fehlte, Waffenprogramme von Heer, Luftwaffe und Marine bestanden nebeneinander. Seit März 1940 wurde die Kriegswirtschaft effizienter gestaltet, nachdem Fritz Todt zum Reichsminister für Bewaffnung und Organisation ernannt worden war. Die neue Organisation Todt führte zu starker Planung und zur besseren Einbeziehung privater Unternehmer in den Rüstungsprozeß. Die Unternehmer, die über spezielles technisches und betriebswirtschaftliches Wissen verfügten, übernahmen zunehmend Organisationsaufgaben. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen von Haupt- und Sonderausschüssen, die die Produktion von Rüstungsgütern überwachen und verbessern sollten. Die Bedeutung der Wehrmacht wurde zugunsten der privaten Unternehmerschaft zurückgedrängt. Damit bestand zwar kein zentrales Planungsamt, aber die Produktivität konnte deutlich gesteigert werden. Die Rüstungsendfertigung stieg von 1940=100 auf 1942=146.

Bereits zur Jahreswende 1940-41 zeigten sich erste Schwächen der Blitzkriegskonzeption, als nämlich die „Luftschlacht um England“ im Sommer und Herbst 1940 mit einer deutschen Niederlage endete. Auch die Marine mußte im Kampf mit Großbritannien große Verluste hinnehmen, beispielsweise die Versenkung der „Bismarck“ 1941. Das im Sommer 1941 erfolgreich gestartete „Unternehmen Barbarossa“ führte trotz deutscher Siege zu erheblichen Materialverlusten bei den großen Kesselschlachten im Sommer und Herbst 1941. Schließlich lief sich die deutsche Offensive im Winter

1941-42 fest; ein langwieriger und materialintensiver Stellungskrieg begann. Diese Entwicklung war von der deutschen Planung nicht erwartet worden: bereits im August 1941 wurden Soldaten aus dem Ersatzheer und aus rückwärtigen Einheiten entlassen sowie die Produktion von Rüstungsgütern gedrosselt. Als im Dezember 1941 schließlich die USA in den Krieg eintraten, begann die eigentliche „Produktionsschlacht“.

8. Die „totale Kriegswirtschaft“ 1942-45

Der Übergang zur „totalen Kriegswirtschaft“ fällt mit zwei Ereignissen zusammen. In zwei Führerbefehlen wurde die „*Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion*“ sowie eine „*Rationalisierung unserer Fertigungsmethoden*“ verlangt. Die Umsetzung dieser Forderungen übernahm Albert Speer, Nachfolger des im Februar 1942 tödlich verunglückten Fritz Todt. Bereits im März 1942 entstand im Rüstungsministerium eine „Zentrale Planung“ unter Leitung von Speer.

Die Neuorganisation erfolgte unter zwei Gesichtspunkten. Unter der Leitung von Wirtschaftsvertretern stehende Ausschüsse koordinierten die Produktion bestimmter Rüstungsgüter (z.B. Panzer). Quasi um diese herum wurden ebenfalls von Wirtschaftsvertretern geleitete Ringe gebildet, die die Produktion bestimmter Warengattungen (z.B. Zahnräder) organisierten. Durch diese Zusammenschlüsse von Betrieben mit gleicher Fertigung sollten die Beziehungen zwischen Zuliefererindustrie und Endfertigung effizienter gestaltet werden. Die Unternehmen verwalteten sich dabei in gewisser Weise selbst, da sie für den technisch-wirtschaftlichen Produktionsablauf (Rohstoffkontingentierung, Auftragslenkung) verantwortlich waren. Die Regierung setzte zudem steuerliche Anreize, Subventionen und Gewinnverträge zur Lenkung der Rüstung ein. Insbesondere sollten Rationalisierungen und der Übergang zur Massenproduktion gefördert werden.

Bis 1942 hatte nämlich die Kleinserienfertigung dominiert, d.h. es wurden hochwertige Produkte unter hohem Material- und Arbeitseinsatz in kleiner Stückzahl hergestellt, wobei die meisten Fabriken mit komplizierten Mehrzweckmaschinen arbeiteten, die den Einsatz von Fachkräften notwendig machten. Zur Fließfertigung von Großserien war diese Produktionsstruktur nicht geeignet. Daher wurden ab 1942 zunehmend einfache Einzweckmaschinen installiert, wodurch auch der Einsatz ungelernter Arbeiter – z.B. von Frauen, Ausländern und Kriegsgefangenen – möglich wurde. Diese Neuorganisation führte zum „Rüstungswunder“: die Produktionsindex für Rüstungsgüter stieg von 1940=100 auf 1942=146 und schließlich auf 1944=285. Trotz dieser erheblichen Ausweitung wurden nicht alle Ressourcen genutzt: die Zahl der beschäftigten Frauen stieg zwischen 1939 und 1944 lediglich von 14,6 Mio. auf 14,9 Mio. Noch im Sommer 1944 wurden mehr Rohstoffe angeliefert als verbraucht. Nach wie vor arbeiteten die meisten Betriebe im Ein-Schicht-Betrieb. Zugleich sank die Konsumgüterproduktion zwischen 1941 und 1944 um lediglich 10 %, wobei allerdings Qualitätsminderungen nicht berücksichtigt sind.

Bei den Faktorlieferungen (Rohstoffe, Arbeit) und teilweise bei der Produktion hing Deutschland von den besetzten Gebieten ab. Die Reichswerke Hermann Göring, die Wirtschaftsbetriebe der SS und verschiedene Privatunternehmen produzierten in den besetzten Gebieten. Zudem wurden ausländische Arbeitnehmer im großen Umfang in Deutschland eingesetzt. Im Verlauf des Krieges wurden 11 Mio. deutsche Männer zum Kriegsdienst einberufen; zum Kriegsschluß standen 45 % aller männlichen Beschäftigten unter Waffen. Für die Industrie wurden daher Fremdarbeiter aus den besetzten Westländern (Frankreich, Belgien, Niederlande) angeworben. Für einfache Tätigkeiten in nicht-sensitiven Bereichen wurde zudem auf Kriegsgefangene zurückgegriffen, darunter ca. 5 Mio. Sowjetbürger (wovon 3 Mio. umkamen), 1 Mio. Franzosen und ca. ½ Mio. Polen. Von den Zivilarbeitern stammten ca. 4 Mio. aus der UdSSR, während 500.000 aufgrund freier Verträge in westlichen Ländern angeworben wurden. Zu keinem Zeitpunkt waren mehr als 7,5 Mio. Ausländer in der deutschen Wirtschaft beschäftigt, d.h. der Verlust deutscher Arbeitskräfte konnte dadurch nicht ausgeglichen werden.

Die Güterlieferungen aus dem Besatzungsgebiet sollten nicht überschätzt werden. Zwischen Kriegsbeginn und Frühjahr 1944 erhielt Deutschland Leistungen in Höhe von ca. 85 – 90 Mrd. RM aus den besetzten Ländern. Das entspräche jährlich ca. 20 % des deutschen Volkseinkommens, wenn diese Leistungen tatsächlich komplett nach Deutschland geflossen wären. Von diesem Betrag sind jedoch die Besatzungskosten von ca. 48 Mrd. RM abzusetzen, so daß ca. 40 Mrd. RM in Waren nach Deutschland flossen (also jährlich 8 – 10 % des Volkseinkommens von 1938). Die wirtschaftlich wichtigsten Besatzungsgebiete waren Frankreich, die Niederlande und Belgien. Die Ostgebiete, von denen sich die deutsche Führung viel versprochen hatte, trugen nur einen kleinen Teil bei. Bei diesen Aufstellungen sind freilich viele Angaben nicht enthalten, z.B. die Quartier- und Transportleistungen im Operationsgebiet der Wehrmacht.

Erst im Herbst 1944 begann der schnelle Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft. Die Bombardements der Alliierten zerstörten Teile der Produktionskapazitäten und vor allem der Transportnetze, Rohstofflieferungen aus dem schrumpfenden Besatzungsgebiet nahmen ab. Aber erst mit dem Kriegsende kam es zum vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft.

9. Die Finanzierung des Zweiten Weltkriegs

Die deutschen Kriegskosten betragen insgesamt ca. 510 Mrd. RM, die zivilen Reichsausgaben ca. 185 Mrd. RM; insgesamt sollen rund 687 Mrd. RM, also etwa das Fünf- bis Siebenfache des deutschen Volkseinkommens von 1938, ausgegeben worden sein. Gedeckt wurden die Kriegskosten rechnerisch zu lediglich 5 % durch Steuern (wenn man davon ausgeht, daß Steuern zunächst den zivilen Bedarf decken), durch Gewinne von Staatsunternehmen (Bahn, Post, Reichsbank), durch Matrikularbeiträge und Lieferungen der besetzten Länder sowie durch Neuverschuldung in Höhe von 350 Mrd. RM. Über 50 % der Gesamtausgaben (und rechnerisch ca. 70 % der Kriegsausgaben) wurden somit durch Kredite gedeckt. Allerdings wurden, anders als im vorherigen Krieg, einige Steuern erheblich erhöht:

bereits im September 1939 wurde ein 50-prozentiger Kriegszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie ein 20-prozentigen Kriegszuschlag zur Bier-, Branntwein-, Sekt- und Tabaksteuer erhoben. Diese Steuerzuschläge blieben im Kriegsverlauf nahezu unverändert. Lediglich der Zuschlag zur Körperschaftsteuer wurde 1942 nochmals erhöht (zur Abschöpfung von Kriegsgewinnen). Wie bereits im Ersten Weltkrieg sollten auch diesmal die Kosten auf die Kriegsgegner überwältzt werden.

Die erhebliche Neuverschuldung erfolgte „geräuschlos“ über Kapitalsammelstellen (Banken, Sparkassen, Versicherungen), denn diese erwarben Schuldtitel des Reichs. Da die Konsummöglichkeiten eingeschränkt waren, landeten die erheblichen Ersparnisse bei den Kapitalsammelstellen. Von dort aus gingen sie – unbemerkt von den Sparern – in die Kriegsfinanzierung ein. Die Abschöpfung der Ersparnisse wurde durch Propagandamaßnahmen gestützt: „Sparfeldzüge“ und „eisernes Sparen“ wurden propagiert.

Die hohe Verschuldung führte jedoch ebenso wie im Ersten Weltkrieg zu einer erheblichen Ausdehnung der Geldmenge, der kein entsprechendes Güterangebot gegenüberstand. Die Pro-Kopf Geldmenge erhöhte sich von 86 RM (1932) auf 812 RM (April 1945). Die inflatorische Lücke vergrößerte sich zunehmend, konnte aber durch Lohn- und Preisverordnungen eingedämmt werden. Die wahren Preise wären auf dem Schwarzmarkt sichtbar gewesen; dieser konnte jedoch bis Ende 1944 durch hohe Strafandrohungen größtenteils unterdrückt werden.